

Die richtige Antwort: ein starkes Europa

Auf einen Blick:

Die gemeinsame Stärke der EU ist ein unverzichtbarer Vorteil in einer Welt enormer globaler Herausforderungen. Wir wollen:

1. Europas Zukunftsinvestitionen und wirtschaftliche Resilienz stärken
2. Europas sozialen Zusammenhalt sichern
3. Ein europäisches Einwanderungsrecht schaffen
4. Ein außenpolitisch souveränes Europa aufbauen
5. Europas Erweiterung mit Verantwortung weiter vorantreiben
6. Eine neue Dynamik der vertieften Integration entfachen

Die Europäische Union befindet sich inmitten einer beispiellosen Bewährungsprobe. Die Krisen und Herausforderungen der vergangenen Jahre - die Corona-Pandemie, die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, hohe Energiepreise und Inflation - haben die EU und ihre Mitgliedstaaten massiv gefordert. Es ist ein wesentliches Verdienst des umsichtigen Handelns der Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz, dass es gelungen ist, den europäischen Zusammenhalt in dieser schwierigen Zeit zu sichern und zu stärken.

Die EU hat insbesondere in den vergangenen Jahren vielfach unter Beweis gestellt, dass ihre gemeinsame Stärke einen unverzichtbaren Vorteil in einer Welt enormer globaler Herausforderungen bedeutet. Zur Wahrheit gehört aber auch: Die aktuellen Krisen haben ein besonderes Schlaglicht auf die bestehenden Defizite in der Handlungsfähigkeit Europas geworfen. So haben sich die Differenzen bei Werten und Interessen zwischen den Mitgliedstaaten vertieft und stellen zunehmend einen Bremsklotz für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der EU dar.

Verdeutlicht wird dies zum Beispiel daran,

- dass Europa einerseits unverändert entscheidende Beiträge – humanitär, wirtschaftlich, finanziell, militärisch – zur solidarischen Unterstützung der Ukraine liefert – doch sich andererseits in einigen EU-Mitgliedstaaten die Vorbehalte gegen diese Hilfsleistungen zuletzt verstärkt haben,
- dass Europa erhebliche Summen für gemeinsame Zukunftsinvestitionen mobilisiert – deren Abruf und Umsetzung aber deutlich zu langsam verläuft,
- dass Europa das gemeinsame Instrumentarium zum Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geschärft hat – zugleich jedoch anti-demokratische, nationalistische, teils offen rechts-extreme Kräfte in einigen Mitgliedstaaten politischen Zulauf erfahren,

- dass Europa im Begriff ist, die jahrelangen Blockaden beim Aufbau eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zu überwinden – doch auf der anderen Seite ein echtes europäisches Einwanderungsrecht weiterhin ein gutes Stück entfernt ist.

Zusammen genommen ist es keineswegs gewiss, dass die europäische Integration aus den aktuellen Krisen und Herausforderungen ein weiteres Mal gestärkt hervorgeht. Umso mehr kommt es bei der Europawahl im Juni 2024 und der Bildung der neuen EU-Kommission darauf an, Europa mutig und umsichtig weiterzuentwickeln – ohne überzogene Träumereien, mit einem klaren Blick darauf, welche Integrationsfortschritte in elementaren Zukunftsbereichen realistisch erreichbar sind.

Als SPD-Bundestagsfraktion wollen wir genau hierfür auch weiterhin Impulse geben und setzen dabei die folgenden Schwerpunkte:

1. Europas Zukunftsinvestitionen und wirtschaftliche Resilienz stärken

Ein verschärfter globaler Wettbewerbsdruck – etwa durch den Inflation Reduction Act der USA, durch hochsubventionierte chinesische Unternehmen oder die vergleichsweise hohen Strom- und Energiepreise in Europa sowie durch die massiven wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels – und die Notwendigkeiten der Transformation erfordern als Antwort eine mutige gemeinsame Industrie- und Resilienzstrategie Europas.

- Wir wollen die gemeinsamen Zukunftsinvestitionen Europas stärken – insbesondere in Schlüsselbranchen wie etwa der Wasserstoffwirtschaft, Batteriezellproduktion und Halbleitertechnologie. Aufbauend auf den Erfahrungen mit dem Wiederaufbauprogramm NextGenerationEU wollen wir dauerhafte europäische Investitionskapazitäten fördern.
- Neue, originär europäische Eigenmittel bilden die finanzielle Basis für diese Vorhaben und machen gleichzeitig den EU-Haushalt weniger abhängig von Zuweisungen aus den nationalen Budgets.
- Mit einer Reform der Strommarktdesigns und einem europäischen Rahmen für Brückenstrompreise wollen wir die Voraussetzungen für wettbewerbsfähige Strom- und Energiepreise in ganz Europa schaffen. Wir bekräftigen unsere Forderung nach einem Brückenstrompreis. Zugleich treiben wir den Ausbau der erneuerbaren Energien und der notwendigen Übertragungsinfrastruktur entschieden weiter voran.
- Das EU-Beihilferecht braucht ein Update, um besser auf die Herausforderungen im globalen Wettbewerb ausgerichtet zu sein und stärkere Anreize für große Transformations- und Zukunftsinvestitionen zu geben. Gerade auch im Bereich der Landwirtschaft brauchen wir dringend eine Vereinfachung bürokratischer Vorgaben. Wir erwarten, dass die EU-Kommission zeitnah Vorschläge vorlegt.

2. Europas sozialen Zusammenhalt sichern

Die gestiegenen Lebenshaltungskosten im Zuge des russischen Angriffskrieges stellen viele Menschen in Europa vor finanzielle Herausforderungen. Besonders zu kämpfen haben diejenigen, die in prekären Arbeitsverhältnissen und Lebensumständen sind. Wer in diesen Tagen für einen Rückbau des Sozialstaates plädiert, verkennt den Kampf, den diese Menschen täglich führen. Wir setzen uns für mehr sozialen Zusammenhalt ein – in ganz Europa!

- Unser Ziel ist es, die Europäische Säule sozialer Rechte weiter zu stärken. Wir brauchen EU-weite soziale Mindeststandards für armutsfeste Löhne und eine angemessene soziale Absicherung.
- Dazu werden wir die EU-Mindestlohnrichtlinie bis 2024 in nationales Recht umsetzen, indem wir ein Gesetzespaket zur Steigerung der Tarifbindung vorlegen, das eine Bundestariftreuegung enthalten wird. Als nächster Schritt muss eine Richtlinie für angemessene Mindestsicherungssysteme folgen, die vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützen.
- Um in künftigen Wirtschaftskrisen Arbeitsplätze zu retten, wollen wir das Kurzarbeitsprogramm SURE in Form einer Arbeitslosenrückversicherung verstetigen.
- Wir wollen bessere Arbeitsbedingungen für prekär Beschäftigte und Mitbestimmungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer:innen europaweit stärken. Dazu soll die Richtlinie zur Plattformarbeit die Rechte der dort Tätigen stärken und mit dem EU-Lieferkettengesetz wollen wir das insbesondere große Unternehmen in Europa Verantwortungen für Menschenrechte in ihrer Lieferkette übernehmen.

3. Ein europäisches Einwanderungsrecht schaffen

Mit der erreichten Einigung zwischen Europäischem Parlament und Rat steht die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) kurz vor ihrem Abschluss; ein großer Fortschritt nach jahrelanger Blockade. Aber auch nach der formalen Verabschiedung des Gesetzespakets wird es dauern, bis das erneuerte System wirkt. Eine bessere gemeinsame Steuerung der irregulären Migration kann zudem nur ein Aspekt sein.

- Wir wollen unseren Ansatz, die Reform der Fachkräfteeinwanderung in Deutschland mit Migrationspartnerschaften mit Herkunftsländern zu verknüpfen, noch stärker in die europäische Debatte einbringen. Gemeinsame Vereinbarungen mit Herkunftsländern, die geordneten Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt in Europa erhalten, können einerseits irreguläre Migrationswege deutlich weniger attraktiv erscheinen lassen und andererseits die Bereitschaft erhöhen, Menschen wieder aufzunehmen, die keine Bleibeperspektive in der EU haben.
- Mittelfristig braucht Europa ein gemeinsames Einwanderungsrecht, gerade auch zur notwendigen Fachkräftegewinnung.
- Mehr Ordnung im Migrationsgeschehen dient zudem unserem Ziel, die Vorzüge des Schengen-Raums so schnell wie möglich vollständig wiederherzustellen, indem Binnengrenzkontrollen zurückgenommen werden.

4. Ein außenpolitisch souveränes Europa aufbauen

Die EU steht vor der Herausforderung, sich in einer neuen außen- und sicherheitspolitischen Realität als souveräne Akteurin neu aufzustellen. Dafür braucht sie glaubwürdige außen-, sicherheits- und entwicklungspolitische Instrumente. Wir wollen unsere militärischen Kräfte in der EU bündeln und bestehende Parallelstrukturen auflösen, wo gemeinsame europäische Strukturen sinnvoller sind.

- Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine unterstreicht die Bedeutung einer umfassenden Verteidigungsfähigkeit gegen das gesamte Spektrum militärischer Bedrohungen. Mit der von Deutschland angestoßenen European Sky Shield Initiative (ESSI) wollen sich die europäischen NATO-Staaten besser gegen Angriffe aus der Luft wappnen. Unser Ziel ist die Stärkung des

europäischen Pfeilers in der gemeinsamen Luftverteidigung der NATO. Wir wollen die Verteidigungsindustrien der Mitgliedstaaten besser integrieren und aufeinander abstimmen, um Redundanzen zu vermeiden. Gleichzeitig streben wir gemeinsame Rüstungsexportrichtlinien an.

- Militärische Fähigkeiten sind jedoch nur eine Seite der sicherheitspolitischen Medaille. Auf der anderen Seite stehen die Vorbeugung und diplomatische Vermittlung in Krisen. Wir wollen deshalb den „Team-Europe“-Ansatz weiterentwickeln und stärken und gemeinsam mit unseren Partnern gerade auch im globalen Süden in Konflikten vermitteln sowie gemeinsame Wege zur Stärkung der internationalen Ordnung entwickeln. Dabei wollen wir insbesondere auch das gemeinsame handels- und entwicklungspolitische Gewicht Europas im Sinne einer vorausschauenden globalen Struktur- und Gerechtigkeitspolitik stärken.
- Europa braucht einen stärkeren Cyberschutz, etwa für seine digitale Infrastruktur, die Industrie und den Energiesektor, aber auch zum Schutz seiner Bürger:innen und der demokratischen Prozesse, einschließlich der Wahlen zum Europäischen Parlament.

5. Europas Erweiterung mit Verantwortung weiter vorantreiben

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat der EU-Erweiterungspolitik eine neue Dynamik verliehen. Davon zeugt das aufrichtige Bemühen, zügig die sechs Westbalkanländer Albanien, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo in die EU zu integrieren. Und davon zeugt der Beschluss der EU-Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat am 14./15. Dezember 2023, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldau aufzunehmen sowie Georgien den EU-Kandidatenstatus zu verleihen.

- Wir wollen diesen Weg der Erweiterung weitergehen. Zugleich ist klar: Die Kandidatenländer müssen vor ihrem Beitritt die Beitrittskriterien erfüllen und den gesamten EU-Rechtsrahmen in nationales Recht übersetzen. Notwendig sind deshalb klare Zielvorgaben und Zeitpläne für die Beitrittsverhandlungen.
- Wir wollen zudem neue erweiterungspolitische Impulse setzen. Reformanstrengungen müssen sich lohnen. Notwendig sind deshalb zusätzlich greifbare Zwischenschritte auf dem Weg zur Mitgliedschaft.
- Die Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, Moldau und Georgien sowie der jüngst vorgelegte Wachstumsplan für die Westbalkanländer sehen eine Teilintegration in den EU-Binnenmarkt vor. Diese Möglichkeiten gilt es parallel zum Beitrittsprozess noch stärker zu nutzen. Gleichzeitig müssen die Integrität des Binnenmarkts und vor allem das Ziel des Beitritts im Blick bleiben.

6. Eine neue Dynamik der vertieften Integration entfachen

Alle großen Entscheidungen der letzten Jahre wurden in der EU hart errungen. Ob das Wiederaufbauprogramm NextGenerationEU, Sanktionen gegen Russland oder die Unterstützung der Ukraine: Wiederholt drohte ein Veto durch einen der Mitgliedstaaten, mindestens gab es Verzögerungen, gelegentlich konnten erst Zugeständnisse Blockaden lösen. Die Welt im Umbruch gestattet Europa diesen Luxus der inneren Erpressbarkeit nicht mehr. Deshalb brauchen wir Fortschritte für mehr gemeinsame Handlungsfähigkeit:

- Im Grundsatz sollten alle Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden, erst recht, wenn die Gemeinschaft über 27 Mitglieder hinausgewachsen wird. Das gilt für alle Politikbereiche, in besonderer Weise bei Steuerfragen, bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie auch bei Entscheidungen innerhalb des Beitrittsprozesses. Diesem Ziel gestärkter Mehrheitsentscheidungen wollen wir Schritt für Schritt näherkommen – sei es durch Vereinbarungen

zwischen den EU-Institutionen, die Nutzung der bestehenden vertraglichen Spielräume oder idealerweise Änderungen der EU-Verträge selbst.

- Zur weiteren Festigung der europäischen Demokratie setzen wir uns neben der Stärkung der Europäischen Parteien für eine Modernisierung des Wahlrechts zum Europäischen Parlament ein. Europäische Spitzenkandidaturen in Verbindung mit Transnationalen Listen sind dafür ein wichtiges Element. Zudem wollen wir ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments schaffen.
- Angesichts neuer Herausforderungen in einer sich verändernden Welt sollte auch neu über Fragen der Kompetenzverteilung und eine Stärkung der gemeinsamen europäischen Kompetenzen in Schlüsselbereichen gesprochen werden. Über diese und weitere Vorschläge zur Vertiefung der europäischen Integration sollte idealerweise in einem Konvent diskutiert werden, dessen Einberufung jedoch von einer breiten politischen Zustimmung getragen werden sollte. Hierfür werben wir bei den Mitgliedstaaten und in den EU-Institutionen.
- Wir begrüßen den Erfolg des Bundeskanzlers, dass der Europäische Rat parallel zum Erweiterungsprozess einen Prozess zu internen Reformen der EU verbindlich unter den Staats- und Regierungschefs vereinbart hat.

Wir sagen klar: Ein weiter gestärktes, souveränes und soziales Europa ist die richtige Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Umso wichtiger ist es, dass sich in der bevorstehenden Europawahl die progressiven Kräfte durchsetzen – und es nicht zu einem rückwärtsgewandten Rechtsruck in Europa kommt. Wir wollen Europa stärken – gerade jetzt!